

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Abonnementspreis und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

2. Jahrgang
Donnerstag, den 30. Dezember 1926
Nummer 292

Internationale Arbeitervertreter

Die Sozialdemokraten riefen die Faschisten in Litauen — Kein Umsturz, sondern Verrat

Sign. 27. Dezember.

In Litauen haben die Faschisten die Macht in ihre Hände genommen. Das ist wahr. Aber es ist nicht wahr, daß in Litauen eine Revolution, ein Umsturz oder dergleichen stattgefunden haben. Nein!

Die zurückgetretene Regierung hat bloß eine Komödie gespielt. Es war kein Umsturz, weil die gestürzte Regierung selbst die Faschisten zum Herrschen im Lande ernannte. Die Faschisten erarbeiteten die Macht in der Nacht vom 18. auf den 19. Dezember. Einige Offiziere vertrieben den Präsidenten der Republik, die Minister und vertrieben den Sejm; dann proklamierten sie als Diktator Pilsudskis, als Regierungschef K. Smetona und verkündeten den Belagerungszustand im ganzen Litauen. Das alles, ohne einen einzigen Schuß abgegeben zu haben. Das muß doch manchen Zweifel in uns erwecken lassen. Und diese Zweifel werden bestätigt, wenn wir uns wenig in die Geschichte Litauens der letzten Zeit zurückwenden. Als im Mai dieses Jahres Volkskämmler und Sozialdemokraten als Sieger aus den Wahlen hervorgingen, hatte dies darin seine Ursache, daß sie noch in Opposition gegen die herrschenden Kleinrentner standen. Andererseits wurde es den zwei revolutionären Parteien, der Kommunistischen und sozialrevolutionär-marxistischen, durch die Wahl zum Reichstag ermöglicht, sich an den Wahlen zu beteiligen. Vor den Wahlen hatten Volkskämmler und Sozialdemokraten den vertriebenen Faschisten als demokratischen Freiheitskämpfern. Einmal an der Macht, haben aber beide Parteien das Vertrauen des Landes betrogen. Nicht nur betrogen, sondern auch verraten. Sie haben das Land in die Hände der Faschisten überlassen.

Als die Sozialdemokraten mit den bürgerlichen Volkskämmlern die Koalition abschlossen, hielten sie sich beide Hände durch geheime Verträge von der Arbeit der bürgerlichen Faschisten. Dieses Verstecken der ungarischen Sozialdemokratie, diese Verträge sind bis heute noch nicht veröffentlicht worden, doch weiß man doch der wichtige Punkt darin:

Die Sozialdemokraten zur Unterdrückung der revolutionären Bewegung, die Verwirklichung der Sozialisierung der revolutionären Parteien

Ungeheuerlich forderte aber die Arbeiterklasse, die für die Sozialdemokraten gekämpft hatte, die Erfüllung der von den Faschisten geschlossenen Verträge. Die Faschisten haben sich nicht zu weigern, sondern unter den Faschisten, sondern auch unter den Bauern. Beide revolutionären Parteien verloren so ihren besten Anhang und damit, welches kein Vertrauen den unterdrückten revolutionären Parteien erweckte. Das tief unter dem Mikroskop eine wahre Revolte hervor. Es befürchtete, daß die Arbeiterklasse die Macht

übernehmen werde. Die Kleinrentner griffen nun zum letzten Hilfsmittel und begannen eine faschistische Bewegung zu organisieren.

So geriet die sozialdemokratische Koalitionsregierung zwischen zwei Feuer und gab die Macht an die Faschisten.

Es ist ruhig zu, wie die Faschisten ihre Kampftruppen den Faschistenband, organisierten, dagegen verfolgte sie heftig die revolutionäre Bewegung.

Auf Seiten dieser Bewegung war aber das ganze arbeitende Litauen, so daß die Regierung über nicht so leicht dazu werden konnte. Das waren außerordentliche Mittel notwendig. Es war notwendig ein Regierungswechsel und die Umgruppierung der herrschenden Parteien.

Und das geschah. Dazu wurde die ganze Komödie des Umsturzes inszeniert. Es ist eine Tatsache, daß die demokratische Regierung keine, auch nicht den geringsten Widerstand gegen die faschistische Staatsmacht leistete, sondern im Gegenteil mit eigener Hand half. Das sieht man aus den letzten Dekreten des Präsidenten Grinius und Slesawicjus (beide Volkskämmler), mit denen die Faschisten eingeladen wurden, die Regierung zu übernehmen.

In noch mehr, die Führer der Sozialdemokraten (K. Smetona) und Volkskämmler (K. Smetona) erlaubten sich, die Faschisten an den Schenkel zu nehmen. Das bewog die Faschisten, an den Schenkel zu gehen.

Es ist klar, anders war es gar nicht zu erwarten. Die ganze Bourgeoisie hat die revolutionäre Bewegung, die sozialdemokratischen Parteien haben eine treulose Rolle als Helfer der Bourgeoisie, als Hilfe, aber sehr notwendige Revolution bei dem Verrat der Volkskämmler gespielt. Sie haben damit ihrer Partei nur den Todesstoß versetzt. Die Arbeiterklasse hat gesehen,

daß die Koalition der Sozialdemokraten mit der Bourgeoisie zur Unterdrückung der revolutionären Bewegung geführt hat.

Jetzt sind Massenverhaftungen im vollen Gange. Die Bourgeoisie hat den Faschisten geholfen, den Faschisten die Arbeiterklasse zu hemmen, und sie nicht die Arbeiterklasse zu vernichten.

Es sind aber auch Mord zu erwarten.

An der Spitze der Regierung steht ein bekannter Helfer der litauischen Arbeiterklasse, Grigaliunas G. Lomeda, der 1919 im Kalle General und 1921 in Stenka eine Menge unglücklicher Revolutionäre ermordete. Die politische Polizei nahm in seine Hände ein anderer berühmter Arbeiter, Weiss, der durch seine Unschuldsmethoden schon früher unter der faschistischen Regierung mehrere politische Gefangene in den Wäldern oder zum Selbstmord getrieben hat.

Gerade diese ersten Regierungsmaßnahmen der neuen Regierung zeigen aber, was das Ziel des Umsturzes war: um jeden Preis die Arbeiterklasse zu zerstören.

Am nicht selbst dafür die Verantwortung tragen zu müssen, daß die „demokratische“ Regierung sozialdemokratisch und frei von den Faschisten gemacht.

Die Sozialdemokraten versuchten sich mit aller Kraft einen Protestkum unter der Dresdener Arbeiterklasse zu organisieren.

Gewaltiges Aufschwollen des Erwerbslosenheeres

Berlin, 29. Dez. (Telefon.)

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Gewerkschaftenliste hat auch in der ersten Dezemberhälfte des Jahres 1926 die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger von 124.000 auf 128.000 zugenommen, die der weiblichen von 245.000 auf 256.000, die Gesamtzahl die der weiblichen von 469.000 auf 584.000. Die Gesamtzahl beträgt 1.053.000 oder 6,3 Prozent. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unbeschäftigter Arbeiter) hat sich von 1.455.000 auf 1.532.000 erhöht.

Gegen die Regierung der sächsischen Industriellen

Von M. Ullrich.

Die Sozialdemokratie erklärt täglich, daß es in Sachsen gegenüber keine Regierung gäbe und deshalb mit Parlamenten und außerparlamentarischen Aktionen gewartet werden müsse. Die jetzige Regierung sei angeblich nicht verantwortlich für die Durchführung der Paragrafenbestimmungen. Diese formalparlamentarische Anrede ist nicht die Wahrheit. Die Sozialdemokratie hat nicht den Willen, die Arbeiterforderungen durchzusetzen. Die jetzige parlamentarische Regierung hat sich nicht als verantwortliche gegenüber den sächsischen Industriellen und führt mit Hilfe ihrer Schlichter die Politik der sächsischen Industriellen durch. Es ist eine Tatsache, wenn die SPD glaubt, daß die bürgerliche Parliamentsmehrheit im sächsischen Landtag eine Regierung wählt, welche die Arbeiterinteressen vertritt. Eine Durchführung der Arbeiterforderungen ist nur möglich mit Hilfe der außerparlamentarischen Kampfes, vor allem in den Betrieben. Die Stärke der sächsischen Industriellen besteht darin, daß sie die Produktionsmittel beherrschen und insofern auch auf Grund ihrer wirtschaftlichen Macht die Regierungspolitik zu beeinflussen.

Das Ergebnis der Gemeindevahlen zeigt deutlich, daß die außerparlamentarische Zusammenziehung des sächsischen Landtages nicht mehr den Verhältnissen in Sachsen entspricht. Diese Tatsache müßte erst recht ein Anlaß sein, alle Kräfte des Arbeitervolkes zu mobilisieren, um diesen Landtag mit seiner bürgerlichen Mehrheit aufzulösen und das Arbeiterverhältnis in Sachsen durch Mobilisierung der bürgerlichen Arbeitermassen und Vertiefung der einheitlichen Kampftruppe des Proletariats zu ändern. Die SPD hat die jetzt außerparlamentarische und parlamentarische Arbeit getan, um den Kampf der Arbeiter gegen die Herrschaft der sächsischen Industriellen zu verhindern.

Diese Politik in Sachsen entspricht dem Willen der SPD im Reichsantrag. Das Ziel der Sozialdemokratie im Reich ist nicht die Erfüllung von Arbeiterforderungen, sondern die Erhaltung der Gewerkschaften von Arbeiterpartei. In diesem Zweck wurden den hochgestellten Mitgliedern angedeutet, wurde die Schlichtungspolitik der Reichsregierung und ihrer Schlichter unterstützt, wurde für die Erwerbslosenversicherung Stellung genommen und wurde ein Aufruf für den 1. März als Jahrestag der Reichstag eingeleitet, das den parlamentarischen Schlichtern die Initiative verleiht und die Arbeiter zum Kampf gegen die kapitalistische Nationalisierung und für den Abschluß der Koalition in der Ausübung der Veränderung der Nationalität im Reich. Die Nationalisierungsaktion der Großindustrie hat die Entwicklung der Arbeiter ungenügend gefördert, so daß in zahlreichen Industrien Lohn- und Arbeitsverhältnisse sinken. Die Interessen der Unternehmer und reformistischen Führer des ADGB sehen in dieser Situation in letzter Instanz, als diese eine Störung des Wirtschaftsgleichgewichts herbeiführen wollen. Der Ausdruck dieser Tatsache ist der Schlichter und die Große Koalition, deren Zweck die Befriedigung der Reichen der Arbeiterklasse ist.

Auch die sächsischen sozialdemokratischen Führer haben sich offen für die Große Koalition erklärt und haben insbesondere in letzter Zeit unter dem Druck des Parteivorstandes um den Bestehen der Arbeiterklasse nachgelassen. Solange die Sozialdemokratie der sozialdemokratischen Arbeiter folgen sie nicht durch die Bildung einer Koalitionsoption in Sachsen übergeben und wollen deshalb auf dem Wege über das Mandat der sozialdemokratischen Arbeiterklasse, aber auf dem Wege einer vorübergehenden Koalition der bürgerlichen Kräfte, die sich von Fall zu Fall ihre Mehrheit mit Hilfe der Sozialdemokraten oder Sozialdemokraten sucht, die Voraussetzungen für die Bildung einer Großen Koalition in Sachsen schaffen. Die Verwirklichung der Großen Koalition in Sachsen ist das Ziel dieser Politik der Parteivorstandes. Er fordert die SPD-Kameraden auf, durch ihre Kräfte nicht Dinge zu wettreten, die man letzten Endes anknüpfen muß.

Die prinzipielle Übereinstimmung der sächsischen sozialdemokratischen Führer mit der Politik des Parteivorstandes hat seinen Ausdruck im gesamten Verhalten der sächsischen SPD gegenüber den Lebensforderungen der Arbeiterklasse. Die sächsischen SPD-Führer haben sich für die kapitalistische Nationalisierung erklärt. Sie haben nichts getan, um die Arbeitermassen für den Kampf um Lohnsteigerung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu mobilisieren, sie haben in der Arbeitslosigkeit das Mandat des Parteivorstandes in Bezug auf das Arbeitslosenheer unterlassen. Die Dresdener Volkszeitung, die nichts anderes zu tun, als vom Reichstag und der Reichsregierung die Annahme des Notgesetzes für die SPD (mit der Normalarbeitszeit von 10 Stunden) zu verlangen. Nichts geschah zur Mobilisierung der Arbeitermassen. Die Chemnitzer Betriebsräte haben demgegenüber offen die Meinung der Arbeitermassen zum Ausdruck gebracht, indem sie im Sinne der Forderungen des ADGB die Mobilisierung der Arbeitermassen zum Kampf für den Abschluß des Kampfes und weiter für die Zwangsarbeitslosenversicherung forderten. Sozialdemokratische und Gewerkschaftsführer haben nichts getan, um die Arbeiter in Gewerkschaften, Gewerkschaftsoffizieren, durch Einberufung von Gewerkschaftsdemonstrationen um zum Kampf für den Abschluß des Kampfes zu mobilisieren.

Die SPD hat in ihrem offenen Brief die SPD zu gemeinsamen Massenaktionen aufgefordert. Im sächsischen Landtag haben die sozialdemokratischen Führer erklärt, daß sie nicht daran denken, gemeinsame Demonstrationen mit den Kommunisten

Der Mörderterror in Litauen

Kommo, 30. Dez. (Ein. Drahtbericht.)

Der Ost-Express meldet: Im Widerstand mit der sächsischen Arbeiterklasse über die Bognadigung der 4 zum Tode verurteilten Kommunisten meldet heute die litauische Stimme, daß die Hinrichtungen am Montag morgen vollzogen werden werden. Das Wort bezieht sich auf Mitteilungen von Kommo, die nicht nur die Tötung der Hinrichtungen, sondern auch Einzelheiten enthalten hätten. Danach haben die hingerichteten Kommunisten den ihnen angebotenen geistlichen Beistand zurückgewiesen. Die Hinrichtungen der Litauer an die Angehörigen ist nicht erfolgt, da dies den litauischen Bestimmungen widerspricht.

Seitdem sind bereits in Berlin vor dem Gebäude des litauischen Konsulats eine spontane Protestkundgebung der Berliner Arbeiter gegen die litauische Hinrichtungsaktion. Eine Delegation der KPD, der ADGB und des Kampfbundes für Volksrecht verlangte vom litauischen Gesandten Aufklärung über das Schicksal untergegangener sowie Einzelheiten für drei in bestimmte Gewerkschaften, die sich an Ort und Stelle von den Zuständen überzeugen lassen.

Die gestern abend stattgefundene Parteidelegiertenkonferenz des ADGB in Dresden nahm ebenfalls Stellung zu dem Mörderterror in Litauen, folgende

Resolution

Die Parteidelegiertenkonferenz der KPD Ost-Dresden hat einstimmig angenommen: Die Parteidelegiertenkonferenz der KPD Ost-Dresden vom 20. 12. 26 nimmt mit Entschiedenheit Kenntnis von dem Mörderterror der Bourgeoisie Litauens und ihrer Anrede gegen die Parteiführer des Proletariats und der Gewerkschaften der kommunistischen Führer der kommunistischen Partei. Die Verfolgung der Kommunisten ist ein schlagender Beweis dafür, daß die litauische Diktatur lediglich den Zweck hat, die litauische Arbeiterklasse und Kleinrentner zu isolieren und abzuschneiden von den revolutionären Einwirkungen mit der Koalition. — Der 26.